

**Richtlinie der Stadt Freiberg zur Förderung aus dem Verfügungsfonds für das Fördergebiet „Bahnhofsvorstadt“ im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt“ (SSP) -
(Richtlinie Verfügungsfonds Bahnhofsvorstadt)
vom 01.02.2020**

Inhaltsverzeichnis:

- I. Grundsatz und Geltungsbereich
- II. Aufgabe und Ziel des Verfügungsfonds
- III. Aufbau, Finanzierung und Verwaltung des Verfügungsfonds
- IV. Zuwendungsvoraussetzungen
- V. Antragsberechtigung, Antragsstellung
- VI. Antragsbewertung, Antragsbewilligung
- VII. Verwendungsnachweis
- VIII. Inkrafttreten

I. Grundsatz und Geltungsbereich

1. Mit der Aufnahme des Fördergebietes „Bahnhofsvorstadt“ in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt“ (SSP) im Jahr 2017 soll eine weitere qualifizierte Entwicklung des Gebietes erfolgen. Neben der Förderung von öffentlichen und privaten Bau- und Ordnungsmaßnahmen steht im Rahmen des Verfügungsfonds bis zum Ende der Programmlaufzeit auch ein Budget für überwiegend kleinteiligere Maßnahmen zur Verfügung, mit dem insbesondere bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden soll. Der Verfügungsfonds ist vor allem ein Instrument zur privat-öffentlichen Kooperation im Rahmen der Städtebauförderung, der eine aktive Einbindung der BewohnerInnen und Beteiligten vor Ort in die Entwicklungsprozesse des städtischen Fördergebietes ermöglicht.
2. Geltungsbereich dieser Richtlinie ist das Fördergebiet „Bahnhofsvorstadt“ (Anlage 1).
3. Der Förderrichtlinie liegt Folgendes zugrunde (in der jeweils geltenden Fassung):
 - Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt“ (SSP)
 - Städtebauliches Entwicklungskonzept für das Fördergebiet „Bahnhofsvorstadt“
 - Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Förderung der Städtebaulichen Erneuerung im Freistaat Sachsen (RL StBauE)
 - Anwendungshinweise zum Verfügungsfonds des Sächsischen Staatsministerium des Innern
 - §§ 23 und 44 Sächsische Haushaltsordnung (SäHO) i. V. m. den Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (AN-Best-P.)
 - Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur SäHO
 - Sächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (SächsVwVfG)
 - Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

II. Aufgabe und Ziele des Verfügungsfonds

1. Mit dem Verfügungsfonds sollen Maßnahmen zur Stärkung und Belebung des Stadtteilzentrums unter Beteiligung Dritter umgesetzt werden.
2. Es werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:
 - Aktivierung privaten Engagements und privater Finanzressourcen,
 - Motivation eigenverantwortlichen Handelns und fördergebietsbezogener Aktivitäten,
 - Vernetzung von Privaten/Vereinen/Institutionen,
 - Verknüpfung von kommunalen Vorhaben und Bürgeraktivitäten, □ Beschleunigung und Entbürokratisierung der Projektumsetzung,
 - Verstetigung der Beteiligungsprozesse.

III. Aufbau, Finanzierung und Verwaltung des Verfügungsfonds

1. Der Verfügungsfonds setzt sich aus bis zu 50% Mitteln der Städtebauförderung (Bund, Land und Stadt) sowie zu mindestens 50% aus Mitteln von Dritten (private Mittel, weitere öffentliche Mittel, Spenden, Sponsorengelder etc.) zusammen. Sach- und Arbeitsleistungen sind dabei als geldwerte Leistungen bei der Aufbringung des privaten Fondsanteils anrechnungsfähig.
2. Fondsverwalter ist die Stadt Freiberg, Dezernat Stadtentwicklung und Bauwesen, Stadtentwicklungsamt. Die Fondsmittel werden vom Fondsverwalter in separaten Buchungsstellen verwaltet.
3. Der Fondsverwalter kann Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Organisation und Abrechnung des Verfügungsfonds stehen, an den von ihm beauftragten Verfahrensträger (Quartiersmanagement) übertragen.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Förderfähig sind grundsätzlich investive, investitionsbegleitende und -vorbereitende sowie nichtinvestive Maßnahmen gemäß Anlage 2, die den Programmzielen entsprechen und einen nachhaltigen Beitrag zur Umsetzung des gebietsbezogenen Entwicklungskonzeptes leisten.
2. Die vorgesehenen Maßnahmen sind im Antrag mit einem plausiblen und nachvollziehbaren Kostenplan zu untersetzen. Bei Kosten mit einem Einzelwert über 500,00 € sind mindestens drei vergleichbare Kostangebote als Nachweis der Wirtschaftlichkeit vorzulegen.
3. Die Zuwendungen sind nachrangig gegenüber anderen öffentlichen Fördermöglichkeiten einzusetzen.
4. Eine Mehrfachförderung ist nicht möglich.
5. Die Projektförderung aus Mitteln des Verfügungsfonds wird als nichtrückzahlbarer Zuschuss gewährt und erfolgt im Wege der Anteilsfinanzierung. Es wird ein angemessener Eigenanteil bzw. die Erbringung von Eigenleistungen durch den Antragsteller vorausgesetzt. Die Bewertung der Maßnahmen und die Festlegung der tatsächlichen Förderhöhen obliegen dem Verfügungsfondsgremium.

6. Nicht aus dem Verfügungsfonds finanzierbar sind:
- Maßnahmen, die nicht den Programm- und Fördergebietszielen entsprechen,
 - i.d.R. Maßnahmen außerhalb des Fördergebietes,
 - Maßnahmen, die kommunale Pflichtaufgaben berühren,
 - wiederkehrende, im kommunalen Haushalt regelmäßig eingestellte freiwillige Leistungen der Gemeinde,
 - Maßnahmen, die eigentums-/mietrechtliche Verpflichtungen berühren,
 - Maßnahmen, die auf eine Vorteilsnahme einzelner Akteure angelegt sind,
 - Maßnahmen, Leistungen, Güter, die bereits gefördert wurden (Ausschluss Doppelförderung),
 - Kosten, die vor Erteilung eines Zuwendungsbescheides entstanden sind.
7. Ein Rechtsanspruch auf Zuwendungen besteht nicht. Zuwendungen können nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fondsmittel gewährt werden.

V. Antragsberechtigung, Antragsstellung

1. Antragsberechtigt sind Privatpersonen, Unternehmen, Institutionen, die Stadt Freiberg, Vereine, Initiativen etc., die jeweils durch geschäftsfähige Personen vertreten werden.
2. Die Anträge sind in schriftlicher Form mit dem dafür vorgesehenen Formular an den von der Stadt Freiberg beauftragten Verfahrensträger (Quartiersmanagement) oder an den Fondsverwalter (Stadt Freiberg, Dezernat Stadtentwicklung und Bauwesen, Stadtentwicklungsamt) zu richten. Sie können entsprechend den technischen Möglichkeiten auch in elektronischer Form bei der Stadt Freiberg eingereicht werden.
3. Antragsformulare sind beim Verfahrensträger (Büro Quartiersmanagement), Lange Straße 34/ Eingang Bahnstraße zu den Öffnungszeiten oder beim Fondsverwalter im Stadtentwicklungsamt, Stadthaus II, Heubnerstraße 15 erhältlich oder können unter www.freiberg.de bzw. www.bahnhofsvorstadt-freiberg.de heruntergeladen werden.

VI. Antragsbewertung, Antragsbewilligung

1. Über die Förderung von Maßnahmen entscheidet das Verfügungsfondsgremium, bestehend aus lokalen, unpolitisch motivierten Akteuren aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen in nicht öffentlicher Sitzung. Das Verfügungsfondsgremium bildet einen Querschnitt der Interessen möglichst aller Akteursgruppen im Fördergebiet. Die Aufgaben und Befugnisse des Verfügungsfondsgremiums sind in einer Geschäftsordnung festzulegen.
2. Die Gewährung einer Zuwendung erfolgt mittels Zuwendungsbescheid. Über diesen wird binnen einer Frist von zwei Monaten entschieden. Die Frist beginnt mit dem Eingang der vollständigen Unterlagen. Die Frist kann bis zu zweimal um jeweils maximal zwei Monate verlängert werden, wenn das erforderlich ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und dem Antragsteller mitzuteilen. Der Zuwendungsbescheid enthält Regelungen über die Höhe der Zuwendung, den Bewilligungszeitraum, die Zweckbestimmung der Mittel und die Auszahlung der Zuwendung. Dem Wirtschaftlichkeitsprinzip ist Rechnung zu tragen. Bei Anträgen der Stadt Freiberg wird der Zuwendungsbescheid bzw. Ablehnungsbescheid durch das Abstimmungsprotokoll des Verfügungsfondsgremiums ersetzt.
3. Die Bewilligung einer Zuwendung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für die Fälle, dass der mit der Zuwendung verfolgte Zweck verfehlt wird oder dass die im Zuwendungsantrag gemachten Angaben nicht zutreffend sind oder ein ordnungsgemäßer Verwendungsnachweis nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt wird.

VII. Verwendungsnachweis

1. Innerhalb eines Monats nach Beendigung des Projektes ist dem Verfahrensträger (Quartiersmanagement) ein schriftlicher Verwendungsnachweis vorzulegen; der Zuwendungsbescheid kann im Einzelfall einen abweichenden Termin für die Vorlage des Verwendungsnachweises bestimmen. Der Verwendungsnachweis mit den erforderlichen Angaben kann entsprechend den technischen Möglichkeiten auch in elektronischer Form bei der Stadt Freiberg eingereicht werden. Der Verwendungsnachweis muss eine detaillierte Aufstellung aller Einnahmen und Ausgaben des Projektes enthalten. Aus dem Nachweis müssen Buchungstag, Einzahler und Empfänger sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein. Dem Verwendungsnachweis sind alle quittierten Originalrechnungen bzw. Überweisungsbelege sowie eine unterzeichnete Aufstellung der Eigenleistungen untergliedert nach Person, Tag der Leistungserbringung, Aufwand in Stunden und Leistungsinhalt beizufügen.
2. Als Anlage zum Verwendungsnachweis ist ein schriftlicher kurzer Bericht über den Verlauf des Projektes, Projektfotos (davon mindestens 2 Fotos zur freien Verwendung zum Zwecke der Veröffentlichung) und der Nachweis über etwaige Öffentlichkeitsarbeit (Presseinformation etc.) beim Verfahrensträger (Quartiersmanagement) einzureichen.
3. Der von der Stadt Freiberg beauftragte Verfahrensträger (Quartiersmanagement) prüft den Verwendungsnachweis unverzüglich nach Eingang.

Dabei wird geprüft, ob:

- die vorgelegten Unterlagen richtig und vollständig sind,
 - der Verwendungsnachweis den Anforderungen der Richtlinie entspricht,
 - der Zuschuss zweckentsprechend verwendet worden ist.
4. Nicht oder zweckwidrig verbrauchte Mittel sind zurückzuerstatten.

VIII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 01.02.2020 in Kraft.

Freiberg,

Krüger
Oberbürgermeister

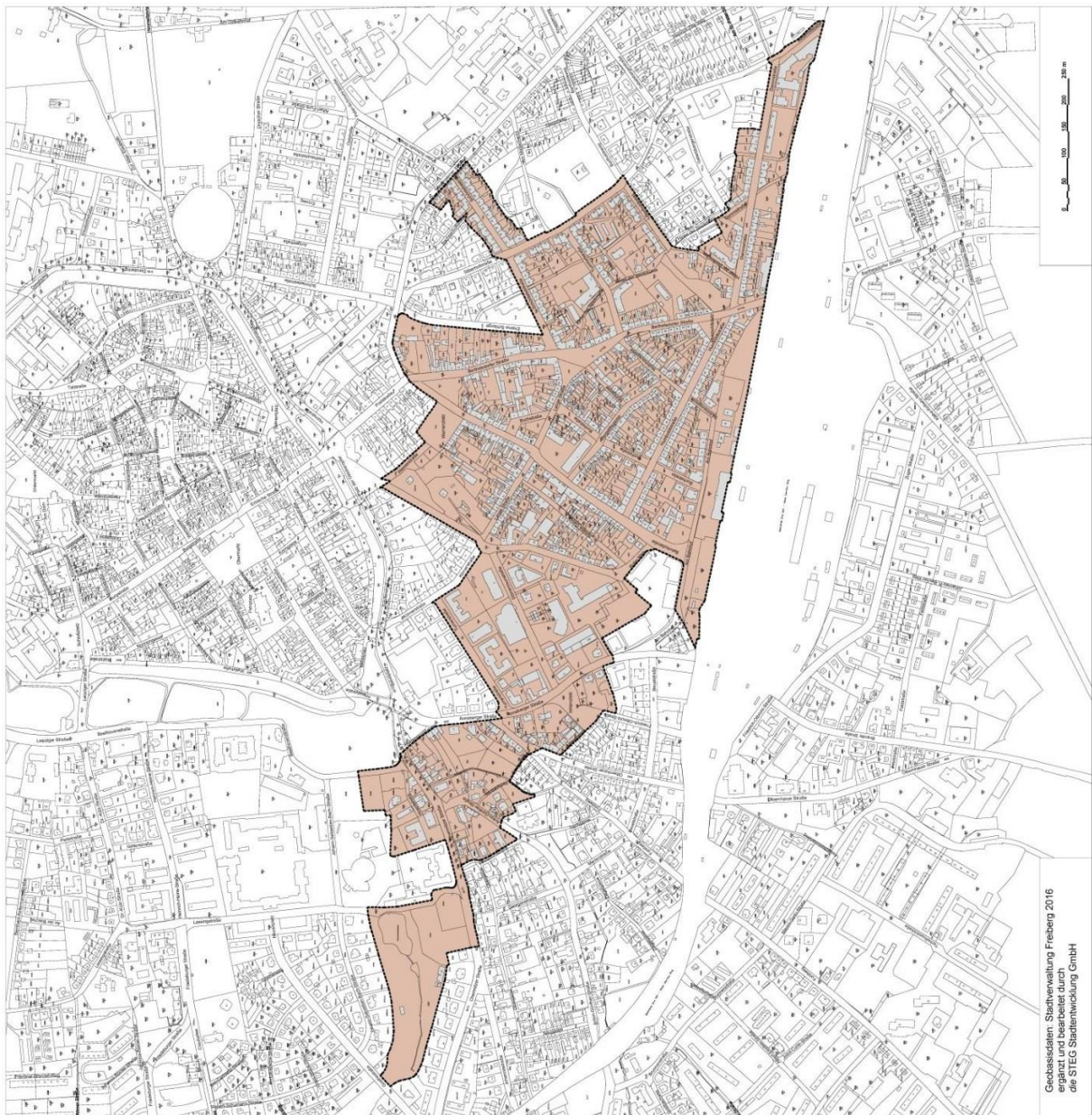
Anlagen (Bestandteile der Förderrichtlinie):

- | | |
|----------|-------------------------------|
| Anlage 1 | Gebietskulisse |
| Anlage 2 | Auszug förderfähige Maßnahmen |

Anlage 1 Gebietskulisse
Fördergebiet „SSP Stadtmittre“

Abgrenzung

Bund-Länder-Programm
die Soziale Stadt
"Bahnhofsvorstadt"
Fläche ca. 60,1 ha



Gebietsdaten: Stadtverwaltung Freiberg 2016
ergänzt und bearbeitet durch
die STEG Stadtentwicklung GmbH

Stadt
Freiberg

Soziale Stadt (SSP)
"Bahnhofsvorstadt"



die STEG
STADTENTWICKLUNG GMBH, IN DERBEN
STADTENTWICKLUNG GMBH, IN DERBEN
www.steg.de, 10 Jahre

1. Aufl.	30.08.2018, Borsdorf/Gis
2. Aufl.	

Anlage 2

Auszug förderfähige Maßnahmen

(Auszug aus den Anwendungshinweisen des SMI zum Verfügungsfonds (Stand: Januar 2019))

Förderfähige Maßnahmen

Aus dem Verfügungsfonds sollen über die besonderen Zuwendungsbestimmungen der RL StBauE hinaus kleinere, aus dem lokalen Engagement heraus entwickelte Projekte/Aktionen unterstützt werden, die in sich abgeschlossen und innerhalb kurzer Zeiträume umsetzbar sind und die durch lokale Akteure selbst ausgewählt, mitgestaltet und teils mitfinanziert werden.

Die folgende Aufzählung ist nicht abschließend!

Investive Maßnahmen:

- Bepflanzung und Begrünung,
- Ausstattungsgegenstände im öffentlichen Raum (u. a. Sitzgelegenheiten, Fahrradständer, Abfallbehälter, Hinweisschilder, Wegweiser),
- Spielgeräte,
- Kunst im öffentlichen Raum,
- Werbeanlage an Gebäuden (entsprechend städtebaulicher Zielsetzung),
- Beleuchtung (auch saisonal),
- Verschönerungsarbeiten in und an bestehenden Gebäuden (Malerarbeiten),
- Maßnahmen, die der Zwischennutzung von Brach-/Freiflächen oder Gebäuden dienen,
- Anschaffungen von Arbeitsgeräten für bürgerschaftliches Engagement

Investitionsvorbereitende und -begleitende Maßnahmen (d. h. Maßnahmen, die in Zusammenhang mit (späteren) Investitionen stehen):

- Wettbewerbe,
- Gutachten,
- Planerhonorare,
- Baustellenmanagement,
- Bürgerbeteiligung,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Es ist dabei keine Voraussetzung, dass die (späteren) Investitionen mit Finanzhilfen aus den Programmen ganz oder anteilig finanziert werden.

Nichtinvestive Maßnahmen:

- erstmalige Teilnahme an Messen,
- Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch externe Berater,
- Durchführung von vorbereitenden Studien (z. B. Marketingkonzepte),
- gemeinsame Internetportale, Newsletter, Stadtteilzeitungen soweit sie nicht investitionsvorbereitend sind,
- Gründerunterstützung in der Vorgründungsphase,
- Stadtteilmarketing und Werbung,
- Unterstützung von speziellen Events (Stadtteilstefest, Kultur- und Freizeitangebote),
- Leerstandsmanagement